

23.04.2021

Vorlage für die Sitzung des Europaausschusses
am 5.05.2021

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

EU-Jugendpolitik umsetzen: Die Situation von Jugendlichen und ihre Beteiligung verbessern

zu Drucksache 19/2456

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, die Europäische Jugendstrategie 2019-2027 umzusetzen und sich auch im Bund und auf europäischer Ebene verstärkt für eine Verbesserung der Situation von Jugendlichen in Schleswig-Holstein und Europa und ihre Beteiligung an den demokratischen Prozessen auf allen Ebenen einzusetzen.

Der Landtag begrüßt, dass mit der finanziellen Aufstockung des europäischen Austauschprogramms Erasmus+ ein erster Schritt in diese Richtung erfolgt. Er fordert die Landesregierung auf sich dafür einzusetzen, dass mit den Mitteln in Schleswig-Holstein künftig deutlich mehr Jugendliche die Möglichkeiten für einen Austausch wahrnehmen.

Des Weiteren soll die Landesregierung besonderes Augenmerk richten auf

- die Verbesserung der Mobilität von Jugendlichen durch geeignete Angebote mit dem Ziel, die Kultur und Vielfalt Europas zu entdecken und so eine europäische Identität zu fördern,
- eine stärkere finanzielle Unterstützung der Europaschulen in Schleswig-Holstein, um den Austausch von Schülerinnen und Schülern zu fördern und Klassenreisen in europäische Staaten, insbesondere in die Ostseeregion, zu fördern,

- eine deutlich stärkere Förderung des europäischen Austausches unter Auszubildenden,
- die Stärkung der Jugendgarantie als wirksame Maßnahme gegen die Jugendarbeitslosigkeit, die als Folge der Coronavirus-Pandemie in vielen EU-Staaten weiter steigt,
- die Einrichtung eines permanenten europäischen Jugendbeschäftigungsfonds,
- die Ausweitung von Programmen für benachteiligte Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt und für den Übergang von der Schule in den Beruf und dies auch bei der Erarbeitung des neuen ESF+-Programms in Schleswig-Holstein verstärkt zu berücksichtigen,
- den Ausbau und die Institutionalisierung der Beteiligung von Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen sowie den Diskussionsprozessen der Ostseekooperation,
- die Verbesserung des kulturellen Austausches unter Jugendlichen,
- eine zielgerichtetere und kontinuierlichere Förderung von Jugendorganisationen als Mittler der informellen und nicht-formalen Bildung sowie
- die Nutzung des Potenzials der sozialen Medien zur Beteiligung von Jugendlichen und den Ausbau der Medienkompetenzförderung junger Menschen, um sie zu kritischem Denken und Bewerten von Informationen zu befähigen.

Begründung:

Am 26. November 2018 hat der Rat eine Entschließung zur EU-Jugendstrategie 2019-2027 verabschiedet. Sie bildet den Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in der EU. Die Strategie ist auf die drei Schwerpunktbereiche Beteiligung, Begegnung und Befähigung von Jugendlichen ausgerichtet.

Die wichtigsten EU-Förderprogramme zur Unterstützung der Jugendpolitik sind Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps. In den Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen ist es mit Unterstützung des Europäischen Parlaments gelungen, das Förderprogramm um 15 Mrd. Euro aufzustocken. Diese Mittel sollen in Schleswig-Holstein dafür eingesetzt werden, sobald die Corona-Pandemie-Lage es wieder zulässt, noch mehr Schüler*innen, Auszubildende und Lehrkräfte zur Teilnahme an Austauschen zu motivieren.

Ein weiterer wichtiger EU-Förderfonds ist der neue ESF+, der u.a. die Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt fördert. Mit den für die neue Förderperiode für Schleswig-Holstein zur Verfügung stehenden Mitteln soll die Landesregierung besonders die Förderung entsprechender Projekte im Fokus haben und sicherstellen.

Die Europäische Kommission hat außerdem das Alter für die Teilhabe an der Europäischen Jugendgarantie auf 30 heraufgesetzt. Dieses Zeichen einer Perspektive für junge Menschen gerade in der Corona-Pandemie ist zu begrüßen.

Tobias von Pein

Regina Poersch

und Fraktion